

## Solidarität mit der Ukraine

Von Burkhard E. Tiemann

Zum zweiten Mal erscheint der News-Letter in den Farben der Ukraine, womit die CDU-Kreistagsfraktion ein Zeichen setzen möchte für die Solidarität mit dem ukrainischen Volk. Am 24. Februar 2022 begannen die russischen Truppen ihren Angriffskrieg in der Ukraine. Seit mehr als einem Monat dauert die Invasion an. Wegen der unverminderten Härte und Zerstörungswut haben Millionen Ukraineerinnen und Ukrainer bislang ihr Land verlassen und sind in die europäischen Nachbarstaaten geflüchtet. Die genauen Opferzahlen sind unbekannt. Einen Monat nach dem Angriff von Wladimir Putin auf den „Bruderstaat“ sind die westlichen Politiker angesichts der Schrecken des Krieges unentschieden, wie die Unterstützung für die Ukraine aussehen sollte. Viele Staaten, darunter auch Deutschland, liefern Waffen zur Verteidigung des Landes. Nato- und EU-Staaten haben Sanktionen gegen Russland beschlossen, und die Ukraine erhält humanitäre Hilfslieferungen.

### Schneller Frieden nicht in Sicht

Ein schneller Waffenstillstand erscheint nicht wahrscheinlich. Putin weigert sich, zuzugeben, dass seine Pläne gescheitert sind. Gerechnet hat er mit einem schnellen Überfall und der Übernahme der Macht im Nachbarstaat. Das hat sich als Trugschluss erwiesen. Trotz der schweren Verluste bereitet er den nächsten Angriff vor, mit neuem Material und neuen Soldaten.



Der lange Zermürbungskrieg wird wahrscheinlich so lange weitergehen, bis Moskau über die Mittel für eine neue Offensive entschieden hat und sich über die Erfolgsaussichten im Klaren ist. In der Zwischenzeit überlegen die westlichen Staaten, wie weit die Nato gehen kann, ohne einen Weltkrieg zu riskieren. Deutschland zeigt einmal mehr, mit wie viel bewundernswertem Engagement und Hilfsbereitschaft die Menschen hier gewillt sind, das Leid der Geflüchteten zu lindern, ihnen eine Bleibe zu bieten oder ihnen mit Spenden einen neuen Start zu ermöglichen.

### Schröder macht weiter wie bisher

Gerhard Schröder – noch SPD und einst deutscher Bundeskanzler - langjähriger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin und Aufsichtsratschef beim staatlichen russischen Energiekonzern Rosneft macht weiter wie bisher. Er verurteilt mittlerweile zwar den militärischen Angriff, sieht anlässlich einer Rede in der Türkei die Schuld für die Eskalation des Konflikts aber im politischen Versagen des Westens. Putin und seine Verantwortung erwähnt er dabei nicht mit einem einzigen Wort.

### Kreis Pinneberg steht bereit

Vielleicht ist der NewsLetter einer Kreistagsfraktion nicht das geeignete Medium, um weltpolitische Ereignisse zu kommentieren. Das Thema bewegt uns aber alle, und deshalb habe ich mir erlaubt, einmal über den Rand des Kreises hinaus zu blicken.

Landrätin Elfie Heesch hat schon am 25. Februar die Politiker des Kreises darüber informiert, dass sie sich kurzfristig auf die Aufnahme von flüchtenden Menschen aus der Ukraine einstellen sollten. Es sei damit zu rechnen, dass in den nächsten Tagen und Wochen zahlreiche Menschen auch nach Deutschland kommen würden. Die Zuweisungen und Aufnahmen könnten dabei äußerst kurzfristig und ohne den üblichen zeitlichen Vorlauf passieren. Der Kreis Pinneberg, seine Bürgerinnen und Bürger sowie die Mehrzahl der Politiker im Kreis sind darauf vorbereitet.

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Wenig erfreulich waren die Diskussionen im letzten Hauptausschuss über den Fördermittelantrag an den Landeskrankenhausausschuss für ein Zentralkrankenhaus im Kreis Pinneberg. SPD und Grüne forderten von den Regio-Kliniken erneut Zusagen ein, die diese längst gegeben hatten. Unser News-Letter berichtet darüber auf Seite 2.

Erfreulicher ist die Ehrung, mit der einer meiner Stellvertreter im Vorstand der CDU-Kreistagsfraktion ausgezeichnet wurde. Einen ausführlichen Bericht lesen Sie auf Seite 3.

Global, aber auch für den Kreis Pinneberg relevant ist der Krieg in der Ukraine. Die Notwendigkeit der Unterbringung und Integration einer nicht unerheblichen Zahl an Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten wird uns sehr bald beschäftigen. Darüber berichtet der NewsLetter auf Seite 1.

Die wohl wichtigste Herausforderung der nächsten Wochen ist für die Fraktion die Beratung über den Nachtragshaushalt und die Senkung der Kreisumlage. Zu diesem Thema hat die Fraktion vor einigen Tagen einen Sonder-NewsLetter herausgegeben.

Und last not least befinden sich auch die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion im Landtagswahlkampf. Mit großem Engagement ist die Kreistagsfraktion für die vier Kandidaten, die sich für den Kreis Pinneberg bewerben, im Einsatz: Bildungsministerin Karin Prien, Peter Lehnert, Birte Glißmann und Martin Balasus. Die beiden letzteren sind Kreistagsabgeordnete und werden deshalb von der Fraktion seit Monaten selbstverständlich ganz besonders unterstützt.

Schnackten wir nicht drum herum, packen wir's an!

Herzlichst, Ihre

Heike Beukelmann  
Fraktionsvorsitzende

## Pressemitteilungen

### CDU für Kreisumlagensenkung

#### Aber nicht ohne belastbare Zahlen und Beteiligung der Kommunen

Anfang Februar hat Britta Krey (CDU), Finanzausschussvorsitzende im Kreistag, den Antrag auf Anhörung der kreisangehörigen Kommunen zur Senkung der Kreisumlage gestellt. Dabei handelt es sich um die Abgabe, die Städte und Gemeinden an den Kreis zur Erfüllung seiner Aufgaben leisten müssen. Die CDU-Kreistagsfraktion hatte bereits vor zwei Jahren zusammen mit den Grünen eine weitere Reduzierung durchgesetzt. Krey zeigt sich erstaunt, dass kurz, nachdem sie jetzt die Gespräche mit den Kommunen auf den Weg gebracht habe, Hannes Birke von der SPD-Fraktion vorpresche und verkünde, diesmal die Kreisumlage sogar um 2,5 % senken zu wollen. „Das ist eine total gegriffene Zahl, mit der Birke offensichtlich Wahlkampf machen will“, so Krey. Jetzt schon eine Zahl zu nennen sei verantwortungslos. Denn bisher liege noch nicht einmal ein Haushaltsentwurf vor.

„Ausgerechnet Hannes Birke (SPD), der sich jahrelang vehement gegen eine Senkung der Kreisumlage gewehrt hat, will diese nun zu seinem Baby machen“, wundert sich die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann. In den Fachausschuss versuche die SPD, die Millionen nur so aus dem Fenster zu werfen. So hätten die Genossen zunächst 10 Mio. Euro für ein Gründungs- und Technologiezentrum ausgeben wollen. Dann wurden 10 Mio. für den Kitabau gefordert, obwohl der Fachausschuss gerade mal 1,5 Million beschlossen habe. Da derzeit weitere Kitabau-Projekte noch nicht zuteilungsreif seien, könnten Mittel dafür in naher Zukunft auch gar nicht verbaut werden. Die neueste Forderung der SPD seien 10 Mio. Euro für den Katastrophenschutz ohne Begründung und jegliche Angabe, was im Einzelnen gefördert werden solle. Andere neue kostspielige Forderungen stellten die Sozialdemokraten außerdem im Sozial- und Jugendhilfebereich.

„Selbst, wenn wir die Kreisumlage nicht senken würden, könnte der Kreis bei weitem nicht alle Wünsche und Versprechungen der SPD erfüllen“, so Krey. 2,5 % Kreisumlagensenkung würden fast 12 Mio. Euro ausmachen. Nichts wünsche die CDU mehr, als die Kommunen in dieser Höhe entlasten zu können. Das müsse aber bezahlbar bleiben, und deshalb sei es einmal mehr die CDU, die Verantwortung übernehme.

Zunächst bedürfe es eines Gesamtkonzeptes mit belastbaren Zahlen und der Anhörung der Kommunen. „Auf keinen Fall wollen wir eine Entscheidung zur Kreisumlage über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg treffen“, macht Britta Krey deutlich. Möglicherweise scheue die SPD diese Gespräche, weil sich in den Köpfen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Verwaltungseleitungen fest eingebrannt habe, mit welcher Entschlossenheit Birke vor zwei Jahren gegen die Senkung der Umlage argumentiert habe.

### Wirtschaft leidet unter zu viel Bürokratie

In einer Pressemitteilung berichtete der Kreistagsabgeordnete und Landtagskandidat Martin Balasus über einen Besuch beim Holmer Unternehmen Bernhardt Apparatebau, das unter der Marke SECUMAR Rettungswesten u.a. für Zoll, Polizei und Bundeswehr herstellt. Geschäftsführer Benjamin Bernhardt beklagte, dass seinem Unternehmen eine überbordende Bürokratie Fesseln anlege.

Öffentliche Ausschreibungen würden für Firmen immer aufwändiger, weil Einkäuferinnen und Einkäufer in der Compliance-Falle säßen. Natürlich lehne er Vetternwirtschaft konsequent ab. Doch leider werde oft übers Ziel hinausgeschossen, wenn öffentliche Stellen ihr vorbeugen wollten, erklärte Bernhardt. Wenn beispielsweise eine Bundeswehrinheit nach einer aufwändigen europäischen Ausschreibung mit Rettungswesten ausgestattet werde, müsse dennoch erneut europaweit ausgeschrieben werden, wenn eine zweite Einheit genau das gleiche wünsche. Das bedeute nicht nur eine immens lange Beschaffungsdauer, sondern zudem auch übermäßig viel Aufwand für die Unternehmen.



Martin Balasus mit Secumar-Geschäftsführer Bernhardt

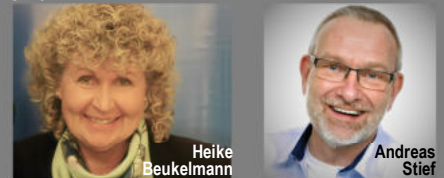
Bernhardt sieht ein weiteres Problem darin, dass die Beschaffungsorganisationen in den letzten Jahren stark zentralisiert wurden. Die Behörde sei für deutlich mehr Artikel zuständig, wegen der fehlenden Fachkenntnis bei Ausschreibungen würden lediglich Mindestkriterien und keine qualitativen Entscheidungskriterien angesetzt. Das führe dazu, dass fast ausschließlich der Preis ausschlaggebend sei. Ausschreibungen würden teils mehrfach wiederholt, weil sie aufgrund mangelnder Fachkenntnis unpräzise formuliert seien.

Nicht beachtet werde hierzulande auch der Faktor „Versorgungssicherheit“. „Wir produzieren vor Ort – dieser Faktor zähle gerade in Krisen und werde bei Ausschreibungen zu wenig berücksichtigt.“ Außerdem fürchteten die Beamten ein Karriereaus, wenn sie bei den öffentlichen Verfahren Fehler begehen würden. Entscheidungen, insbesondere auf Basis von qualitativen Kriterien, würden daher kaum noch getroffen. Fehler sollten aber weniger bestraft werden, vielmehr müsse aus ihnen für die Zukunft gelernt werden, so Martin Balasus. Für ihn sei klar geworden, dass dies nur ein Beispiel für verkrustete Bürokratie sei. Als Abgeordneter werde er darauf drängen, dass die bestehenden Regeln überprüft und angepasst werden.

## Aus dem Hauptausschuss

„Sturheit statt Beharrlichkeit“, „alles durcheinander bringen statt projektbezogener Fakten“, „im ewig gestrigen verharren statt nach vorn zu blicken“ oder ganz einfach „SPD und Grüne gegen CDU“. So könnten Überschriften lauten für eine Posse, die im Hauptausschuss am 9. März ihren vorläufigen Abschluss fand. Die Landrätin wurde nach langer Diskussion mandatiert, in der Gesellschafterversammlung der Regio Kliniken für einen Fördermittelantrag an den Landeskrankenhaussausschuss zum Projekt Regio 2030 zu stimmen. Der CDU gelang es in der Sitzung, die jeweiligen Anträge der SPD und Grünen mit dem Verwaltungsvorschlag so zusammen zu führen, das sich alle Parteien im Beschlussvorschlag wiederfinden konnten.

Insbesondere durch die vermittelnde Moderation der Hauptausschussvorsitzenden Heike Beukelmann und konstruktive Formulierungsvorschläge von Andreas Stief, der für die CDU in der AG Regio 2030 mitwirkt, konnte verhindert werden, dass das Projekt mit einschränkender oder gar fehlender Mandatierung sich womöglich verzögert hätte. Alle am Ende beschlossenen Vereinbarungen mit Bezug auf Standortauswahl und Verwendung der Bestandsliegenschaften wären zu einem späteren Zeitpunkt ohnehin in den Fokus gerückt worden, da sie allesamt bereits vorher im Prozess aufgenommen worden waren. Vielleicht fürchteten Grüne und SPD auch, das Heft des Handelns aus der Hand zu geben, wenn sie nicht längst von den Regio-Kliniken gemachte Zugeständnisse noch einmal diktieren würden. So entwickelte sich dieser Hauptausschuss zu einer nicht ganz einfachen Sitzung der eher denkwürdigen Art mit vielen Beispielen, die in der Sache nicht geholfen und in der Substanz weder den Kreis noch die Regio-Kliniken weitergebracht haben. Entscheidend ist, dass SPD und Grüne sich trotz ihrer mittlerweile auffälligen Regio-Phobie haben einfangen lassen und bei dem Projekt nicht erneut zu Bremsern geworden sind.



Am Ende konnte sich die CDU einmal mehr das Verdienst ans Revers heften, die Fraktion zu sein, die den Zug auf das richtige Gleis gesetzt hat. Es ist ein wichtiger Schritt für die stationäre Gesundheitsversorgung im Kreis Pinneberg und eine ebenso wichtige Botschaft an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regio-Kliniken, dass die Planung für moderne und zeitgemäße Arbeitsplätze den nächsten Schritt macht. Bleibt zu hoffen, dass sich diese Prozedur in den nächsten 10 Jahren bis zu einer möglichen Eröffnung einer Zentralklinik im Kreis Pinneberg nicht allzu oft wiederholt und alle Beteiligten und politischen Akteure sich schneller auf ihre originären Rollen und den jeweiligen Prozessschritt besinnen werden.

## Freiherr-vom-Stein-Nadel für Ortwin Schmidt

Mit der höchsten Ehrung, die Kommunalpolitikern in Schleswig-Holstein zuteil werden kann, ist der CDU-Kreistagsabgeordnete Ortwin Schmidt im März 2022 ausgezeichnet worden, der Freiherr-vom-Stein-Nadel. Eigentlich hätte er diese Auszeichnung bereits 2021 erhalten sollen. Wegen der Corona-Pandemie ist die landesweite Ehrung durch die Innenministerin allerdings ausgefallen. Infolgedessen hat sie den Kreispräsidenten gebeten, die Verleihung der Nadel vorzunehmen.



Der Kreispräsident steckt O. Schmidt die Nadel an

Das wiederum hatte zur Folge, dass Ortwin Schmidt nicht mit ca. 40 Anderen aus ganz Schleswig-Holstein in der Landeshauptstadt geehrt wurde, sondern als einziger Ausgezeichneter und überdies in seiner Heimatgemeinde.

### Ehrung in Barmstedt

Am 16. März trafen sich Kreispräsident Helmuth Ahrens und Ortwin Schmidt, gemeinsam mit dessen Ehefrau Susanne, seiner Mutter, Barmstedts Bürgervorsteher Uwe Runge, Vertretern der Kreisverwaltung und der Presse sowie Alt-Kreispräsident Burkhard E. Tiemann im Schlossgefängnis. Letzterer ist seit mehr als 40 Jahren mit dem Ehepaar Schmidt befreundet und hatte Ortwin für die Ehrung vorgeschlagen und die Laudatio geschrieben.

In einer launigen Rede schilderte Ahrens den politischen Werdegang und hob auch die menschlichen Qualitäten und das große bürgerschaftliche Engagement hervor, das ursächlich zu dieser Auszeichnung geführt hatte.

Der 60-jährige Ortwin Schmidt war bis zu seiner Pensionierung als Erster Polizeihauptkommissar und Dienststellenleiter der Verkehrsstaffel Süd bei der Polizei in Hamburg tätig.



B.E. Tiemann, O. Schmidt, H. Ahrens

Die folgende Laudatio machte den kommunalpolitischen Werdegang und das ehrenamtliche Engagement von Ortwin Schmidt deutlich:

Seit nunmehr 25 Jahren engagiert Ortwin Schmidt sich kommunalpolitisch. Sowohl in der Stadt Barmstedt als auch im Pinneberger Kreistag bekleidet er über diesen langen Zeitraum fast ununterbrochen Führungspositionen. Nur 2013 setzte er für nicht einmal ein Jahr lang mit seinem ehrenamtlichen Engagement aus, als er das Amt des Bürgermeisters der Stadt Barmstedt anstrebte. Hier bekleidete er 10 Jahre lang das Amt des Fraktionsvorsitzenden, 10 Jahre lang war er Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Soziales und seit 7 Jahren leitet er den Bauausschuss. In beiden Ausschüssen war er maßgeblich am Bau des neuen Kindergartens beteiligt, der im August 2021 in Betrieb ging. Darüber

Dem Pinneberger Kreistag gehört Ortwin Schmidt seit 2002 an, zunächst als bürgerliches Mitglied und von 2003 bis 2013 sowie von 2018 bis heute als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. In ganz besonderer Weise setzte er sich für den Ausbau der Förderschulen im Kreis ein. Maßgeblich beteiligt war er auch am Neubau der Kreisberufsschule in Pinneberg und dem Ausbau der Beruflichen Schule in Elmshorn. Seit acht Jahren gilt er als das „jugendpolitische Gewissen“ der CDU-Fraktion. Obwohl der Jugendhilfeausschuss neben dem Sozialausschuss die höchsten finanziellen Aufwendungen verantwortet, werden immer wieder wichtige Entscheidungen einvernehmlich gefällt, weil Ortwin Schmidt mit seiner integrativen Art großen Einfluss auf die demokratischen Fraktionen im Kreistag hat und sich bemüht, bei notwendigen Anträgen und Vorlagen mit allen anderen Konsens zu erzielen.



Barmstedts Bürgervorsteher Uwe Runge, Ortwin und Susanne Schmidt, Kreispräsident Helmuth Ahrens

hinaus war er stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses und stellvertretender Bürgermeister in Barmstedt. Seit 2018 ist er Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Südholstein und im Beirat des AZV, und seit 2013 gehört er dem „Zweckverband Alten- und Pflegeheim“ an.

### Kultur und Jugend

Ganz besonders bringt sich Ortwin Schmidt für die Kulturarbeit der Galerie III und das Museum auf der Schlossinsel ein. Sowohl der Kreisjugendring Pinneberg als auch die Spielothek, die beide ihren Sitz in Barmstedt haben, erfahren von ihm große Unterstützung. Immer wieder sorgt er für deren reibungslose Kommunikation mit dem Kreis, was für die Sicherung ihrer kontinuierlichen Förderung unabdingbar ist.

Fast 20 Jahre lang - von 1996 bis 2015 lenkte er die Geschicke des CDU-Stadtverbandes Barmstedt als 1. Vorsitzender. Neben seinen kommunalpolitischen Aktivitäten engagiert er sich seit 14 Jahren im Verein „Gemeinsam e.V.“, der sich für besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche im Kreis Pinneberg einsetzt.

Nicht unerwähnt bleiben darf sein mehr als 20-jähriges Engagement im Vorstand des Barmstedter Kinderfestes. Er ist Gründungsmitglied im Förderverein für das Carl-Friedrich von Weizsäcker Gymnasium und bekleidete im Vorstand das Amt des Schriftführers. Seit 15 Jahren engagiert er sich im Kuratorium des „Vereins für weibliche Diakonie“, und im Beirat des Kreisjugendringes ist er seit 2013 aktiv.

Burkhard E. Tiemann

## Herzlichen Glückwunsch

Gleich sechs Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion feierten im März ihren Geburtstag. Der NewsLetter wünscht ihnen Glück, Gesundheit, Zufriedenheit und Frieden und dass sie noch lange Freude an der kommunalpolitischen Tätigkeit haben mögen.



**Kerstin Seyfert**



**Oliver Kusber**



**Burkhard E. Tiemann**



**Linda Nehl**



**Torsten Hauwetter**



**Christiane Jorjan**

### IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion und Produktion:  
Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, Burkhard E. Tiemann

Redaktionsadresse:  
CDU-Kreisgeschäftsstelle  
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg  
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761  
Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

## Der NewsLetter stellt vor:



### Alexandra Waßong

ist in Hilden (Rheinland) geboren, in Düsseldorf aufgewachsen und hat das St. Ursula Gymnasium in Düsseldorf besucht.

Sie ist verheiratet und Mutter zweier Kinder im Alter von 13 und 15 Jahren. Ihre politischen Aktivitäten startete die Groß- und Außenhandelskauffrau bereits 2008 in der CDU.

2013 ist sie der FDP beigetreten, für die sie 2018 in den Kreistag einzog und als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Fachpolitische Sprecherin im SKS tätig war.

Außerdem bekleidete sie das Amt der Stellvertretenden Landesfachausschussvorsitzenden für Gesellschafts- und Sozialpolitik, und 6 Jahre lang war sie Mitglied im Bundesfachausschuss Sport und Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zwischenzeitlich war sie Fraktionsvorsitzende der Bürgerlichen Mitte im Kreistag, bevor sie 2022 wieder der CDU beitrat und nun deren Kreistagsfraktion im Jugendhilfeausschuss verstärkt.

Daneben war und ist sie besonders engagiert im vorpolitischen Raum. So wurde sie 2008 in die Kreiselternervertretung Kita/Krippe und Hort und von dort als deren Vertreterin in den Jugendhilfeausschuss gewählt worden.

2010 war sie stellvertretende Vorsitzende des Kreiselternerbeirates für die Grundschulen und Förderzentren und Beisitzerin im Landesvorstand des Landesschulbeirates.

2015 war sie Initiatorin von „Pro Noten“, der Volksinitiative zur Rettung der Notenzeugnisse in den Grundschulen ab Klasse 3.

Seit 2021 ist sie Schriftführerin im Verein „Freunde der Heideweg-Schule“.

Neben ihrem politischen und ihrem großen bürgerlichen Engagement nimmt Alexandra Waßong sich dennoch genügend Zeit für ihre spannenden Hobbies wie Tennis und Reisen. Außerdem kocht sie leidenschaftlich gern.

Ihre politischen Ziele hat sie klar umrissen:

- ◆ Gut ausgestattete Schulen
- ◆ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ◆ Ein langfristig finanziell gut aufgestellter Kreis Pinneberg, erreichbar durch die sinnvolle Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie.

Die CDU-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit Alexandra Waßong, die zwar keine Auseinandersetzung, aber auch keine Arbeit scheut.

## TERMINE:

**Mittwoch, 13.04.2022, 16.30 Uhr:**  
Sitzung des Hauptausschusses als Polizeibeirat, Kreishaus Elmshorn

**Mittwoch, 13.04.2022, 19.00 Uhr:**  
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

**Donnerstag, 14.04.2022, 18.30 Uhr:**  
Sitzung des des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport - Videokonferenz

**Dienstag, 19.04.2022, 18.30 Uhr:**  
Sitzung des Finanzausschusses  
Kreishaus Elmshorn

**Mittwoch, 20.04.2022, 16.30 Uhr:**  
Sitzung des Hauptausschusses,  
Kreishaus Elmshorn

**Mittwoch, 20.04.2022, 19.00 Uhr:**  
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

**Donnerstag, 21.04.2022, 18.00 Uhr:**  
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses  
Kreishaus Elmshorn

**Montag, 25.04.2022, 19.00 Uhr:**  
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes  
Videokonferenz

**Dienstag, 26.04.2022, 18.30 Uhr:**  
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr,  
Videokonferenz

**Mittwoch, 27.04.2022, 18.00 Uhr:**  
Sitzung des Kreistages  
Elmshorn – Smart Factory

Frei nach Wilhelm Busch:

### Das Beste kommt zumeist zum Schluss, diesmal aus dem Hauptausschuss

Hannes Birke (SPD): „Sie merken doch jetzt schon die ersten Streitigkeiten über den Standort“.

Ja, Herr Birke, aber nur in Ihrer eigenen Fraktion, wo Sie die Menschen gegen ein Zentralkrankenhaus aufbringen und versuchen, Unzufriedenheit zu schüren.

Hannes Birke (SPD): „Welche Fachabteilungen vorgehalten werden, darüber wollen wir mitentscheiden“.

Hauptsache, Herr Birke, Sie wollen nicht im Operationssaal mitentscheiden.

Helmuth Jahnke (SPD): „Auch auf die Gefahr hin, dass ich das Gesagte wiederhole, will ich die drei Sätze noch einmal wiederholen“.

Häää? Wie bitte?